

**Flash G.:**

## **Klassenkampf ohne Subjekt?**

**Bietet die Forderung nach dem Bedingungslosen Grundeinkommen einen Weg aus dem Kapitalismus?**

Im Grunde ist die Kritik der Verfechter einer Forderung nach einem Bedingungslosem Grundeinkommen an ihren KritikerInnen völlig nachvollziehbar: Welcher einigermaßen lebensfroher Mensch wäre nicht damit einverstanden, wenn ihm/ihr monatlich, sagen wir mal, 1100 Euro überwiesen würden, ohne Voraussetzungen und Bedingungen, ohne dafür arbeiten oder sich am Arbeitsamt oder ausgelagerten Bewerbungskursen frotzeln lassen zu müssen. Welche/r einigermaßen ernsthafte VerfechterIn einer gerechteren sozialen Ordnung könnte eine maximale Absicherung aller Menschen vor Armut, Erwerbslosigkeit, Arbeitszwang – v.a. auch den Zwang jegliche Art von Arbeit annehmen zu müssen – ablehnen? Die *Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen*<sup>1</sup> (in der Folge FBGE genannt) ist zu einfach, um nicht richtig verstanden werden zu können. Es scheint, als ob nichts dagegen spräche, dass sich alle Initiativen und Menschen mit emanzipativen und egalitären Vorstellungen von Gesellschaft unter dem Dach dieser Forderung zusammenfinden.

Dennoch gibt es KritikerInnen an der FBGE, die sich selbst – zu Recht oder nicht – diesem Spektrum zugehörig fühlen. Nun, nicht selten sagt die Kritik mehr über die KritikerInnen aus, als über die Kritisierten - oder besser – das Kritisierte (das kann aber für alle Seiten gelten).

Welches „...aber“ folgt? Dazu möchte ich einige wesentlichen Zitate österreichischer Befürworter der FBGE Stück für Stück anführen und darauf eingehen. Ich möchte gleich mit offenen Karten spielen: Ich tue dies aus anarchosyndikalistischer<sup>2</sup> Sicht, wobei ich hoffe, dass es im Zuge dieses Textes gelingt, die Frage nach der Alternative zum Kritisierten zumindest in Ansätzen zu beantworten. Denn sonst könnte diese Aussage Karl Reiters, einer der umtriebigen Verfechter der FBGE in unseren Breiten, auch auf mich zutreffen: „*Was ich an der linken Kritik am Grundeinkommen so ärgerlich finde ist nicht, dass die KritikerInnen über keine klaren Vorstellungen möglicher Alternativen verfügen, sondern dass sie so tun, als hätten sie welche.*“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Wie hoffentlich im Laufe des Essays klar wird, gibt es einen Grund warum ich zwischen der Forderung und der Sache selbst unterscheide.

<sup>2</sup> Zu Anarchosyndikalismus siehe auch: <http://www.syndikate.at/> und <http://www.fau.org/>.

<sup>3</sup> Reitter, Karl: Traurige Ratlosigkeit. Bemerkungen zur Kritik am Grundeinkommen von Markus Koza und Angela Klein. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse20/karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse20/karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Tatsächlich hört mensch schon seit geraumer Zeit wenig aus der sogenannten „Linken“ (obwohl dieser Begriff mangels Gemeinsamkeiten meist nicht mehr sagt, als „nicht rechts“) , was über defensive und reaktive Forderungen wie „Stopp dem Sozialabbau“ oder „Kampf dem Neoliberalismus“ hinausgeht. Insofern können die Verfechter der FBGE mit Recht für sich beanspruchen, weiter gegangen zu sein, als jene, *„die den Sozialstaat bloß bewahren oder ausbauen wollen“*<sup>4</sup>: *„Das Grundeinkommen thematisiert also in umfassender Weise das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Obwohl eine Verwirklichung in nächster Zeit unwahrscheinlich ist – allerdings existiert z.B. eine Absichtserklärung der Brasilianischen Regierung, ein Grundeinkommen langfristig einzuführen – stellen die Prinzipien des Grundeinkommens schon heute klare Orientierungspunkte für die gesellschaftliche Auseinandersetzung dar.“*<sup>5</sup>

Wenn wir die Zentralgewerkschaften und Sozialdemokratischen Parteien zu dieser Linken hinzuzählen, dann muss hier richtiger Weise auch noch die Forderung nach „Lohnarbeit für alle“ hinzugezählt werden. Karl Reitter hält diesen entgegen: *„Ob das Projekt der Vollbeschäftigung angesichts der aktuellen Phase des Kapitalismus überhaupt einen Funken Chance auf Realisierung hat, wäre schon einmal zu diskutieren.“*<sup>6</sup> Nun ist dies zwar offenbar keine zentrale Aussage, allerdings schwingt eine gewisse Umkehrlogik mit. Dass die Vollbeschäftigung weder eine befriedigende noch realistische Forderung darstellt, bedeutet noch lange nicht, dass wir uns auf eine „arbeitslose“ Gesellschaft hinbewegen. Es deutet nichts darauf hin, dass der Kapitalismus ohne Lohnarbeit existieren könnte, oder dass diese auch nur quantitativ weniger werden würde. Sie wird nur schlechter bezahlt, als dies in einer ganz bestimmten historischen Phase, der Hochblüte der fordistischen und entwickelten Industrienationen der Fall war.<sup>7</sup>

Die Menschheit hätte schon zur Zeit Karl Marx die Produktivkraft besessen, alle Menschen zu versorgen (wenn auch auf niedrigerem Niveau als heute) - bei gleichzeitiger Minimierung „gesellschaftlich notwendiger Arbeit“- doch ging es dabei damals wie heute nicht darum, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Profite zu erwirtschaften. Also wird der Kapitalismus, ob uns das ob der technologischen und logistischen Möglichkeiten sinnig erscheint oder nicht, ständig neue Arbeit hervorbringen. Ob diese bezahlt oder unbezahlt, Lohnarbeit oder (schein)selbstständige

---

<sup>4</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>5</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>6</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>7</sup> Seit den 1970 stagnieren (Real)Löhne, in den letzten Jahren ist ein Reallohnverlust bemerkbar

Arbeit, besser oder schlechter bezahlt ist, hängt auch wesentlich von der Bereitschaft der ArbeiterInnen ab, dem Klassenkampf von oben einen Klassenkampf von unten entgegenzusetzen.

Auch das Phänomen der (Massen)Arbeitslosigkeit ist weder neu, noch hat sie momentan nie gekannte Ausmaße angenommen. Für viele Individuen ist es einfach neu, aus einem Leben zu kommen, dem geregelte Lohnarbeit, Altersversorgung und soziale Absicherung garantiert schien, und plötzlich mit Verarmung und Ungewissheit konfrontiert zu sein. Folgende Aussage Reiters ist da schon zutreffender: *„Die Methoden des absoluten Mehrwerts dürften für das Kapital wieder interessanter werden. Offen werden Lohnkürzungen gefordert, ebenso die Verlängerung der Tages- Wochen- und Lebensarbeitszeit, wobei hier wiederum die Flexibilität im Vordergrund steht, wie etwa das Verlagen, die Durchrechnungszeiten für Überstunden auszudehnen, sodass geleistete Mehrarbeit nicht abgegolten, sondern gegen geringere Arbeitszeiten in bestimmten Perioden gegengerechnet werden kann.“*<sup>8</sup>

Zweifelsohne waren die letzten Jahre und Jahrzehnte von Rationalisierung und Verlagerung von Produktionsstätten in Regionen der Erde mit niedrigen Durchschnittseinkommen gekennzeichnet, weshalb sich der Arbeitsmarkt und damit auch die Klassenzusammensetzung in den bisherigen „Industrienationen“ verändert haben. Das (u.a.) veranlasst viele Linke, den Begriff der ArbeiterInnenklasse kaum noch als Bezugspunkt der eigenen Politik zu betrachten, ja sogar den Klassenbegriff grundsätzlich aufzugeben. Nicht selten wird dies mit der Auflösung massenhafter formeller Arbeitsverhältnisse in informelle argumentiert und dabei auf die jüngeren Werke von Hardt und Negri verwiesen, obwohl die beiden Autoren ursprünglich der operaistischen – also einer ausdrücklich klassenkämpferischen - Denkrichtung entstammen. Der Klassenbegriff wird hier als analytische Kategorie ja noch nicht gänzlich aufgegeben, allerdings wird von der Figur des „Arbeiters“ als tragendem Subjekt emanzipatorischer oder gar revolutionärer Gesellschaftsentwicklungen explizit Abstand genommen. Wohlweislich wird hier eigentlich hauptsächlich der gängige Begriff des „Arbeiters“ als männlicher, weißer Fabriks- bzw. Facharbeiter kritisiert, welcher im Zentrum sozialdemokratischer bzw. zentralgewerkschaftlicher Politik stand und steht. In der Folge wird aber der Bezugspunkt der ArbeiterInnenklasse durch (bewusst) recht diffuse Begriffe wie „Menge“ oder „Multitude“ ersetzt. *„Die Menge sei ein produktiver, arbeitender Zusammenhang, das Kapital lege sich nur als parasitäre, hemmende und kontrollierende Hülle darüber, so ihre Grundthese.“*<sup>9</sup> Obwohl also offenbar nach wie vor hauptsächlich jene gemeint sind, die „nichts anderes zu verkaufen haben, als ihre

---

<sup>8</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>9</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Arbeitskraft“ (wobei hier auch ein Teil der so genannten „Selbstständigen“ hinzu gerechnet werden müssen<sup>10</sup>) und sogar die Ausbeutung durch das Kapital als konstituierendes Kriterium für die „Menge“ betrachtet wird, verschwindet die „ArbeiterInnenklasse“ zumindest vorerst rhetorisch in der Schublade.

Reproduktionsarbeit im weitesten Sinne des Wortes ist und war jene Seite der Arbeit, die immer schon schlecht, gar nicht oder nur indirekt bezahlt wird und wurde: *„Die Fabrik löse sich in die Gesellschaft auf. Als bloßes Faktum ist der Umstand, dass wesentliche Arbeit nicht als Erwerbsarbeit geleistet wird und oft auch nicht geleistet werden kann, weder neu noch überraschend. Gesellschaft ist immer ein produktiver Zusammenhang, die „Weise des Zusammenwirkens ist selbst eine Produktivkraft“; schrieb Marx. Aber nur ein Teil der tagtäglich verrichteten Arbeit(en) wird als Moment des Kapitalverhältnisses geleistet. Zahllose Arbeitsvorgänge und Arbeitsprodukte kommen niemals mit Geld in Berührung.“*<sup>11</sup>

Dahin gehend stimme ich mit der „postoperaistischen“ Theorie überein (wenngleich dies wie gesagt schon Marx bekannt war), die Frage ist allerdings, wie fundamental sich nun langfristig betrachtet das Feld der Arbeit tatsächlich verändert hat. Hauptsächlich wurde ja ein großer Teil der Produktion nur in andere Regionen der Welt verlagert und nicht aus der Welt geschafft – trotz oder gerade wegen aller (kommunikations- und transport)technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Auch wenn wir das Problem nur durch die nationale oder eurozentristische Brille betrachten, werden wir möglicherweise in den nächsten Jahren feststellen, dass dank gesenktem Lohnniveau sehr viele Teile industrieller Produktion nach Europa zurückverlagert werden bzw. das europäische Proletariat weiterhin in einer weltweiten Arbeitsteilung eingebunden bleiben wird. Dass dabei viele ArbeiterInnen von den Löhnen mehr schlecht als recht oder gar nicht mehr ihr Leben finanzieren können, ist eine konsequente Begleiterscheinung. Wir dürfen auch gespannt sein, wie lange es dauert, bis namhafte Kapitalisten wieder nach

---

<sup>10</sup> Beispielweise Marcel Van der Linden erweitert den klassischen Begriff der ArbeiterInnenklasse um de jure Selbstständige, die in prekären Produktionsbedingungen bzw. abhängig von Verlagswesen, Vermietung und Verpachtung von Arbeitsgerät und -räumen etc. sind. Er geht hier v.a. von den gängigen Arbeitsverhältnissen in der sogenannten 3. Welt aus. Vgl. auch Marcel van der Linden: Die Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Globalisierung. In: Sozial.Geschichte, Februar 2003, Heft 1.

Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft FAU nimmt ausdrücklich auch Selbstständige als Mitglieder auf, wenn diese selbst niemanden ausbeuten (also "Ich-AGs"). De Facto sind viele Selbstständigen wohl Scheinselbstständige, da sie ihr Produkt nur an einen oder einige wenige "Kunden" verkaufen können, welche den Preis bestimmen können und die meist das Mehrprodukt abschöpfen (z.B. Teile der Produktion wie Distribution/Transport, Reinigung, Wartung von Maschinen, Fahrzeugen, Computern etc. wurden ausgelagert).

<sup>11</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

einem interventionistischen Staat rufen werden, um den all zu freien (und destruktiven) Kräften Marktes Einhalt zu gebieten. Vereinzelt sind bereits schon solche Stimmen zu hören. „Linke Forderungen“ wie staatliche Regulierung von Finanzmärkten, aber auch Ideen der Armutsverwaltung könnten dabei schneller als wir denken aufgegriffen und in der Folge auch politisch umgesetzt werden. Was wir als ArbeiterInnen davon haben werden, steht auf einem anderen Blatt.

*„Akzeptieren wir jedoch die Rezeption dieser Begriffe und Thesen als Symptom für unsere Erfahrung, dass Lohn- und Erwerbsarbeit keineswegs die einzige sinnvolle und befriedigende Form unserer Tätigkeit ist.“<sup>12</sup> Ja, tun wir das.*

Nur sollten wir nicht in einer Art Phänomenologie stecken bleiben, wollten wir das kapitalistische Gesellschaftsmodell grundsätzlich angreifen – um damit unserm Dasein als ArbeiterInnen ein Ende zu bereiten: *„War der Fordismus durch starre, hierarchische Trennungen strukturiert, so lösen sich diese Schranken zunehmend auf. Wenn die Unterscheidung zwischen Arbeitszeit und Freizeit fließend wird, dann lässt sich ein einzelner Arbeitsvorgang nicht mehr exakt zuordnen. (...) Postfordismus bedeutet eine Rückgabe der Kompetenzen, das Paradigma des Fließbandes wird durch das Paradigma der selbständigen Ich-AGs ersetzt.“<sup>13</sup>*

Sitzt der Autor dieses Zitats hier einfach neoliberaler Propaganda auf oder stützt er seine Annahmen auf die persönlicher Erfahrungen einer Minderheit? Die meisten Leute, die ich kenne (mich eingeschlossen), sind nach wie vor in unselbstständigen Beschäftigungsverhältnissen verhaftet<sup>14</sup>. Dass arbeitsrechtliche Grauzonen geschaffen und genützt werden, um Arbeitsverhältnisse zu verschleiern und damit wiederum arbeitsrechtliche und kollektivvertragliche Auflagen zu umgehen bzw. aufzuweichen und hierzu manches mal die Praxis der Auslagerung manchmal bis hin ins letzte Glied (der Einzelperson als „Ich-AG“) angewendet wird, ändert nichts an dieser Tatsache.

*„Die Tätigkeiten der Hausfrauen, der KünstlerInnen, der StudentInnen, der WissenschaftlerInnen, der politisch und sozial Engagierten, der ´Pfuscher´ ebenso wie die Pflügetätigkeiten im häuslichen Bereich wurden als getrennte Welten imaginiert, die ´nichts´ miteinander zu tun hatten. Doch die Trennungen und Abgrenzungen sind*

---

<sup>12</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>13</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>14</sup> Österreich hat heute die größte Zahl an Lohnabhängigen in seiner Nachkriegsgeschichte, in erster Linie ist dieser Zuwachs durch die Schaffung von Teilzeitarbeitsstellen zu erklären. Diese Teilzeitarbeit werden in erster Linie von Frauen verrichtet, die diese nun meist zur Reproduktionsarbeit hinzu verrichten müssen. Bisher hat wohl ein großer Teil von ihnen vom Lohn ihrer männlichen Partner gelebt, wurden daher als Hausfrauen nicht offiziell zu den Beschäftigten gezählt.

*brüchig geworden.*<sup>15</sup> Arbeiterparteien (von groß bis ganz klein) und Zentralgewerkschaften ist dieser Vorwurf in jedem Fall zu machen. Marx offenbar nicht. Auch nicht dem Anarchosyndikalismus, der trotz männlicher Ignoranz und Weltsicht, die auch hier üblich war, bereits in seiner Urform die informellen Bereiche der Arbeit, damit auch die Reproduktionsarbeit und Erwerbslosigkeit mittels der ArbeiterInnenbörse<sup>16</sup>, einer geografischen Parallelstruktur zur branchenspezifischen Struktur (Syndikat)<sup>17</sup>, berücksichtigt hat. Die Bedeutung dieses Organisationsbereichs wird je nach historische Phase der Bewegung unterschiedlich stark betont. Immerhin aber so stark, sodass darüber in einer sonst relativ theoriearmen Bewegung einige schriftliche Abhandlungen darüber verfasst wurden (wenngleich diese auf Grund des starken Praxisbezugs immer aus dem historischen Kontext heraus gelesen werden müssen)<sup>18</sup>. In der Revolutionstheorie des Anarchosyndikalismus nimmt die ArbeiterInnenbörse als Ort kollektiver politischer Entscheidungen und Organisation des Konsums (neben dem Generalstreik) die zentrale Rolle ein.

D.h. neben der betrieblichen bzw. branchenspezifischen, also klassisch gewerkschaftlichen Ebene findet der Klassenkampf bzw. der Kampf um ein besseres Leben (auch vor der sozialen Revolution) auch in der Ebene des Konsums, der Reproduktion und der Kultur statt. Zudem lassen sich auch Kultur- und Reproduktionsarbeit z.T. auch branchenspezifisch betrachten und organisieren.

---

<sup>15</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>16</sup> Die Idee der "Bourse du Travail" entstammt der französischen syndikalistischen Bewegung (siehe auch [http://fr.wikipedia.org/wiki/Bourse\\_du\\_travail](http://fr.wikipedia.org/wiki/Bourse_du_travail)). Die damals noch auf revolutionär - syndikalistischer Grundlage stehende CGT wurde 1902 als Zusammenschluss lokaler Arbeiterbörsen und Syndikaten gegründet. Die Arbeiterbörse diente v.a. als Anlaufstation für WanderarbeiterInnen bzw. als Organisationsebene all jener, die nicht in einem Erwerbsarbeitsverhältnis stehen (Arbeitslose, Hausfrauen, Jugendliche...). Als geografische Organisationsebene sollte sie auch der Kern einer Organisation aller KonsumentInnen eines Gebietes im Falle eines sozialrevolutionären Umsturzes sein. Siehe auch: Döring, Helge: Eine runde Sache: Die Arbeiterbörse – Netzwerk des Syndikalismus. In: <http://syndikalismusforschung.info/helarbeiterboerse.htm>, 30.6.2008.

Die Idee findet z.B. auch ihre Nachahmung in der heutigen ArbeiterInnenbewegung in Nordamerika ("Workers Center"). Diese Center sollen auch eine Anlaufstelle bzw. Organisationsmöglichkeit für prekarierte und illegalisierte ArbeiterInnen bieten, die nicht oder nur schwer mit herkömmlicher gewerkschaftlicher Organisation erreicht werden können.

<sup>17</sup> Welches allerdings auch lokale Autonomie hat.

<sup>18</sup> Vgl. Studienkommission der Berliner Arbeiterbörsen/Barwich, Franz : „Das ist Syndikalismus“ (1923). Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus. Frankfurt/Main: Edition AV, 2005.

Worum es mir primär einmal geht, ist die ahistorische Perspektive in der Diskussion um die FBGE zu kritisieren. Das ist insofern von Bedeutung, als dass das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden muss, da auch die historische ArbeiterInnenbewegung Erfahrungen gesammelt hat, die heute von Nutzen sein können. Diese Erfahrungen sind allerdings vielfach unter der Dominanz des Parteisozialismus und seiner einseitigen, oftmals extrem verkürzten Analysen und Überlieferungen verschüttet worden.

*„Die Individuen sind zunehmend mit einer Verkürzung ihrer Planungsperspektive konfrontiert, oft schrumpft die Lebensplanung bis auf den Augenblick zusammen, wird die momentan ausgeübte Tätigkeit als vorläufig eingestuft, was sich nicht selten als Illusion erweist.“*<sup>19</sup> Diese Feststellung ist als Momentaufnahme völlig richtig, aber weder historisch noch wenn wir über den Tellerrand EUropas schauen, ein neues Phänomen.

Entsprechend müssen auch die Strategien und Kampfformen einer neuen ArbeiterInnenbewegung (eine solche postulieren die AnarchosyndikalistInnen) auf die Lebens- und Arbeitssituation der Betroffenen zugeschnitten sein. Die Direkte Aktion<sup>20</sup> ist eine zielführende Methode, möglicherweise die einzige, die garantiert, dass tatsächliche Bedürfnisse der Betroffenen befriedigt werden. Konkret: Wenn Preise steigen, die „Lebenshaltungskosten“ nicht mehr leistbar sind, zugleich Löhne sinken oder nominal gleich bleiben, dann sind konkrete und unvermittelte Maßnahmen wie Lohnstreik, Boykott, „proletarisches Einkaufen“<sup>21</sup>, Mietstreik udgl. weitaus zielgerichteter als eine pauschale staatliche Unterstützung wie das BGE. Die „Inflation“, also die Methode der KapitalistInnen, an der Preisspirale zu drehen (wie sie das im Augenblick wieder ausgiebig tun) würde wohl wesentlich zielführender mit Direkter Aktion beantwortet werden als mit nicht weniger mühsam zu erkämpfenden politischen Maßnahmen wie dem BGE. Die Höhe des BGE müsste ständig angepasst werden, und mein Vertrauen in die politische Klasse ist gering, dass sie dies automatisch an die „Inflation“ koppeln

---

<sup>19</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>20</sup> Direkte Aktion: Die Betroffenen lösen ihre Probleme in eigener Regie, ohne vermittelnde Instanzen (FunktionärInnen, Betriebsräte, PolitikerInnen ...).

- Aufhebung der Trennung von ökonomischem und politischem Kampf.

- Das Ziel muss in den verwendeten Mitteln enthalten sein.

-> Ablehnung jeglicher StellvertreterInnenpolitik (Betriebsräte, Gewerkschaftsapparate, Parlamentarismus ...)

<sup>21</sup> Eine Kampfform der historischen ArbeiterInnenbewegung, in erster Linie der Reproduktionsarbeit leistenden Frauen, die in den 1970er Jahren von der Bewegung der ArbeiterInnenautonomie in Italien aufgegriffen wurde. Die EinkäuferInnen zahlen für die Waren – kollektiv wohlweislich- nur so viel wie sie für angemessen halten.

würde<sup>22</sup>. Massive direkte Aktion – v.a. auch in den sogenannten oder bisherigen Industrienationen<sup>23</sup> - würde mit hoher Wahrscheinlichkeit sehr schnell dazu führen, dass die KapitalistInnen wieder moderatere Preise für ihre Waren verlangen.

Dies ist ein grundlegendes, und meiner Meinung nach nicht auflösbares Problem der FBGE. Sie ist eine an die Herrschenden gerichtete Forderung, und wir haben keinerlei Handhabe, sie gegen den Willen der Herrschenden durchzusetzen. Erreichbar wäre das BGE – und das ist meiner Meinung nach hypothetischer als die Hoffnung auf massive Direkte Aktion - lediglich dann, wenn den Herrschenden das BGE als das geringere Übel gegenüber der revolutionären Gefahr erscheint, die man damit eindämmen könnte. Wir können das BGE nicht selbst einführen, wir können es nicht partiell erkämpfen, wir brauchen dazu den Staat und sein Fiskalinstrumentarium. „Wir brauchen den Staat“ war schon – und das ist wohl die aufdringlichste Erkenntnis aus der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung - der fatalste Fehlschluss der (dominierenden Teile der) ArbeiterInnenbewegung. Karl Reitter hat selbst ausgiebig darauf hingewiesen, findet aber nichts dabei, seine zentrale Aussage auf eine politische Forderung an den Staat zu fokussieren. Wo bleibt dabei aber die Rolle des Arbeitslosen, der Hausfrau, der Musikerin, der Fabrikarbeiterin oder des Studenten als kämpfendes Subjekt<sup>24</sup>? Wo können sie zur Durchsetzung der FBGE beitragen? Indem sie Petitionen an PolitikerInnen verfassen? Die „richtige“ Partei wählen? Oder gar Fensterscheiben einschlagen, in der Hoffnung, dass dies als Beitrag zur FBGE interpretiert wird?

Karl Reitter drückt sich offen um dieses Dilemma herum, in dem er die Frage aufgreift, um sie unbeantwortet zu lassen: *„Die Kehrseite, das Bedürfnis zur freien Tätigkeit, jenseits von Marktzwängen aber vor allem auch jenseits des Zwanges, Erwerbsarbeit leisten zu müssen, kann in die Forderung nach einem Grundeinkommen münden. Damit ist auch Frage beantwortet, die oftmals an mich gerichtet wird, welches Subjekt denn das Grundeinkommen verwirklichen solle: all jene, die praktisch erfahren haben, dass befriedigende Tätigkeit (Arbeit) nicht mit Erwerbsarbeit identifiziert werden muss.“*<sup>25</sup>

#### **D.h. das Hauptmanko an der Forderung für ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist, dass es eine Forderung ist!**

---

<sup>22</sup> Zudem wird offenbar manchmal auch die Koppelung des BGEs an die Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes gefordert.

<sup>23</sup> In sogenannten „Entwicklungsländern“ findet Direkte Aktion ja massiver statt als bei uns.

<sup>24</sup> Insofern trifft Karl Reitters Kritik auf die anarchosyndikalistische Kritik an der FBGE sicher nicht zu: *„Die KritikerInnen, und das ist kein Zufall, führen durchwegs einen advokatorischen Diskurs.“* Aus: Reitter, Karl: Traurige Ratlosigkeit. Bemerkungen zur Kritik am Grundeinkommen von Markus Koza und Angela Klein. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse20/karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse20/karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>25</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.



Ich möchte aber auch auf den verwendeten Arbeitsbegriff eingehen, und wie er unsere Perspektive auf eine herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft beeinflussen sollte. Karl Reitter verweist abermals auf Marx, wonach, „sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird“<sup>26</sup> Das heißt, Marx meint hier mit Arbeit eine Form der Tätigkeit, die in irgendeiner Weise erzwungen wird: Entweder durch physischen Zwang, sozialen Druck oder den Zwang, nicht anders überleben zu können. „Sozialen Druck“ zähle ich hier - ohne genauer darauf einzugehen - hinzu, da der Mensch als soziales Wesen vom Verhalten ihrer/seiner Umwelt ihm/ihr gegenüber in vielfältiger Weise abhängig ist. Wir könnten jetzt den Umkehrschluss wagen (was Karl Reitter diesmal nicht tut) und sagen, dass jegliche Tätigkeit, die nicht durch Menschenhand bzw. durch die Form der menschlichen Gesellschaft erzwungen ist, keine Arbeit ist, sondern Tätigkeit. Unabhängig davon, ob sie nun als „gesellschaftlich notwendig“ betrachtet wird oder nicht. Wir AnarchosyndikalistInnen besitzen, so wie jede/r, die/der es mit Marx ernst meint, durchaus die Phantasie, uns eine Welt ohne Lohnarbeit, ja nach dieser Definition Arbeit überhaupt, vorzustellen<sup>27</sup>.

Franz Naetar ist der Meinung, das Grundeinkommen wäre überhaupt eine per se „kommunistische Forderung“<sup>28</sup>. Er geht hierbei auch von einem bestimmten Arbeitsbegriff aus, den Marx beschreibt<sup>29</sup>, und Karl Marx verwendete ja im Lauf seines literarischen Schaffens verschiedene Arbeitsbegriffe:

*„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem*

---

<sup>26</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>27</sup> „Aus meinen Erfahrungen in Veranstaltungen und Diskussionsrunden weiß ich, dass die entschiedensten KritikerInnen des Grundeinkommens weder das Bedürfnis noch die Phantasie besitzen, die Lohn- und Erwerbsarbeit nur ansatzweise in Frage zu stellen.“ Aus: Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>28</sup> Naetar, Franz: Das bedingungslose Grundeinkommen: eine kommunistische Forderung! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz\\_naetar.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz_naetar.htm), 30.6.2008.

<sup>29</sup> Es kann sich freilich auch um eine Interpretation Friedrich Engels handeln.

*geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“* (Das Kapital 3. Band, MEW 25, S 828)

Ich kann diese Ansicht teilen. Die Frage ist nur, wie wir diese Aussagen interpretieren und gewichten. Zweifelsohne kann die menschliche Gesellschaft Entwicklungen hervorbringen, welche der „notwendigen Tätigkeit“ ihre Mühsal nehmen, welche Not durch Mangel oder schlechte Verteilung lindern lassen kann usw. Marx geht hier aber, das mag an ihm selbst liegen oder eine gedankliche Hilfestellung für den/die LeserIn sein, von einem Menschenbild aus, wie es im Kapitalismus vorherrschend, aber nicht auf alle (denkbaren) Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens anwendbar ist. Nachdem heute Arbeit, „gesellschaftlich notwendige Tätigkeit“ und Ausbeutung das selbe sind, ist folglich auch der Mensch entfremdet mit der Tätigkeit, die er/sie verrichtet, mit dem Produkt, das er/sie erzeugt, und da sich Arbeit als „Naturnotwendigkeit“ darstellt, mit der Natur, und in der Folge auch mit sich selbst. Ein Mensch, der/die mit der von ihm/ihr als gesellschaftlich notwendigen Tätigkeit und ihrem Produkt nicht entfremdet ist, der/die sie *„unter den ihrer (seiner) menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn“* kann, wird diese Tätigkeit möglicherweise nicht als Mühsal (die ursprüngliche und immer noch gebräuchliche Bedeutung des Wortes „Arbeit“) empfinden, sondern als eine selbstbestimmte *und* sinnvolle Tätigkeit.

Marx widerspricht sich hier selbst, weil er auf der einen Seite feststellt, *„Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen“*. D.h. unter „Naturnotwendigkeiten“ versteht er nichts Statisches, Unveränderliches, sondern diese entwickeln sich mit den wachsenden bzw. sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnissen. Andererseits meint er, Freiheit erst da zu erkennen, wo menschliche Kraftentwicklung nur mehr Selbstzweck ist. Meiner Meinung das Bild eines nach wie vor sich selbst, seiner Umwelt und Gesellschaft gegenüber entfremdeten Menschen, einer, der zwischen sich selbst und „den anderen“ eine Mauer errichten muss, um er selbst sein zu können, der sein Tun in notwendiges Übel und freies Schaffen trennen muss. Eine für meine Begriffe eine recht bürgerliche Vorstellung von Freiheit.

Ich stimme Karl Reitter zu, wenn er sagt, *„dass das Kapital sich niemals allein auf den zwanglosen Zwang der Verhältnisse verlassen hat. Lohnarbeit wurde ebenso mit*

*politischen, ja physischen Zwangsmitteln durchgesetzt, und das auf zahllosen Ebenen“.*<sup>30</sup>

Daher ist es verwunderlich, warum er hier versucht, zwei völlig verschiedene Dinge, wie die Kritik am Staat als Verteiler des BGE und der Geldform des BGE - trotz gegenteiliger Beteuerung- in einem Aufwasch zu erledigen: *„Diese Kritik wird freilich nur von einer Minderheit erhoben. Viele haben keinerlei Probleme, den Staat als Hebel und Werkzeug emanzipatorischer Politik zu akzeptieren und verweisen die Überwindung des Geldes in das Reich einer fernen Utopie, so sie überhaupt eine geldlose Gesellschaft für möglich erachten. Ich will jedoch nicht die verschiedenen Kritikpunkte gegeneinander ausspielen, sondern den Einwand „Staat und Geld“ ernst nehmen, zumal ich den Ausgangspunkt dieser Einwände selbstverständlich teile.“*<sup>31</sup>

Folgendes liest sich aber wie aus dem Lehrbuch des Marxismus/Leninismus (wovon Karl Reitter sich ja an anderer Stelle distanziert): *„Dass das Grundeinkommen aus den Steuereinnahmen des Staates bezahlt werden soll, darüber besteht innerhalb der BefürworterInnen des Grundeinkommens Konsens. Allerdings wird der Staat bezüglich des Grundeinkommens auf eine bloße administrative Maschine reduziert. So seltsam es klingen mag, trotz des massiven Einschnittes in die gesellschaftlichen Verhältnisse minimiert es die Handlungsdimension der politischen Eliten in Staat und Institutionen beträchtlich, da das Grundeinkommen einen so hohen Finanzbedarf erfordert, dass der übrige Gestaltungsspielraum schrumpft. Ich sehe darin überdies einen wesentlichen Grund für den Widerstand machtnaher Eliten gegen das Grundeinkommen. Denn abgesehen von der Sicherung des Grundeinkommens wird keine weitere Intervention des Staates gefordert. Er soll in die Gesellschaft nicht eingreifen, nicht ordnen, regeln, intervenieren oder in anderer Weise systematisch handeln, sondern bloß allen BezieherInnen des Grundeinkommens dieses pünktlich überweisen.“*<sup>32</sup>

Der Staat war und wird weder „bloße administrative Maschine“ sein noch wird er langsam absterben, weil er durch den Kommunismus überflüssig geworden ist. Der Staat, per definitionem ein Zwangsapparat, wird sich niemals auf eine Rolle beschränken, die ihm keinerlei Verfügungsmacht über die Menschen überlässt, das ist ein Widerspruch in sich. D.h. entweder es gibt einen Staat oder eben keinen Staat. Möglicherweise kein Argument für sozialdemokratische und leninistische KritikerInnen des BGE, aber eine grundsätzliche Kritik an der FBGE. Den KritikerInnen des Neoliberalismus hält ja Karl Reitter auch mit recht entgegen: *„Es gibt auch keinen*

---

<sup>30</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>31</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>32</sup> Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

*Rückzug des Staates aus der Gesellschaft unter neoliberalen Vorzeichen.*<sup>33</sup> Warum sollte das dann mit der (hypothetischen) Einführung des BGE plötzlich der Fall sein? Weil sich dann z.B. keine Soldaten und Polizisten mehr finden, um staatliche Macht mittels Staatsgewalt durchzusetzen, weil sie mit dem Grundeinkommen ihr Auslangen haben? Doch etwas sehr hypothetisch.

Ich teile den Einwand Karl Reiters: *„Märkte, Geld und Waren gab es lange vor dem Kapitalismus, dessen Spezifikum eben in der Warenförmigkeit unserer Arbeitskraft besteht. Emanzipatorische Politik muss daher beim Status der Arbeitskraft den Hebel ansetzen. Dies macht den großen Unterschied zu Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung, Lohnerhöhungen usw. aus. Höhere Löhne und Arbeit für alle kratzen nicht einmal an der Oberfläche am Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft.*<sup>34</sup>

D.h. unabhängig davon, ob wir eine geldlose kommunistische Gesellschaftsform befürworten (und das tue ich) oder nicht, ist das Vermittelnde (Geld) nicht gleich das Vermittelte (Zwang).

Doch auch wenn heute das Geld jene Ware ist, mit der wir andere Waren erwerben können, und sonst kaum legale Alternativen dazu bestehen, finde ich es doch etwas kühn, wie Karl Reiter die Kritik an der Warenförmigkeit aller Produkte menschlichen Tuns zur Seite wischt. Bekanntermaßen ist es nicht das Geld, das wir essen oder in dem wir wohnen. Die oben genannten Formen der Direkten Aktion gehen unterschiedlich mit diesem Problem um, die direkteste Aktion ist aber immer noch die, mit der unmittelbar das Essen auf dem Tisch steht oder ein Dach den Kopf schützt.

*„Was nun die Geldform betrifft: Es ist schon eigentümlich, dass dieser Einwand gerade beim Grundeinkommen erhoben wird. Würde dieser Einwand konsequent umgesetzt, so würde dies bedeuten, keine Lohnerhöhungen, eigentlich auch keinen Lohn zu fordern, ebenso keinerlei Transferleistung, Unterstützungen, Subventionen, Stipendien. Konsequent gedacht, muss der Verzicht auf Forderungen in Geldform zum vollkommenen Rückzug aus dem Feld des Ökonomischen bedeuten. Eine derartige Haltung ist nicht nur absurd, sie ist praktisch nicht lebbar, abgesehen vom Rückzug auf radikal geldlose Kommunenprojekte.*<sup>35</sup> Aus diesem Grund sind AnarchosyndikalistInnen auch keine „reinen“ und moralisierenden GeldkritikerInnen. Weil das Geld wie gesagt eine zwar möglicherweise unnötige und schädliche Einrichtung ist, aber nicht das

---

<sup>33</sup> Reiter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>34</sup> Reiter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>35</sup> Reiter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

grundsätzliche Problem, dass wir, wie Karl Marx und Reitter auch, mit dem Kapitalismus haben.

Dennoch will ich es mir hier nicht so einfach machen wie Karl Reitter. Ich seh im Geld ganz sicher nicht das Mittel zur Befreiung aus dem Kapitalismus, wie es BefürworterInnen der FBGE suggerieren.

Wenn wir einen Lohnstreik zur direkten Aktion hinzuzählen, und damit zu einem von AnarchosyndikalistInnen propagierten und praktizierten Kampfmittel, so tun wir das ausdrücklich nicht, weil wir in der Erhöhung des Lohnes um ein paar Prozentpunkte den eigentlichen Zweck bzw. Wesen einer solchen Aktion sehen. Der eigentliche Zweck und das Wesen des Streiks, der in ihm selbst unvermittelt enthalten ist, liegt entweder überhaupt in der Nicht-Arbeit selbst (das reicht von Verweigerung von Überstunden bis hin zum sozialen Generalstreik als Einleitung des Sturzes des kapitalistischen Systems und damit der Arbeit) oder aber (auch) in der Weigerung, unter den gegebenen Bedingungen den ohnedies grundsätzlich ungerechten Tausch "Lohn gegen Mehrwert (also Ausbeutung durch Arbeit)" mit dem Kapitalisten fortzusetzen. Das heißt, die Aktion des Lohnstreiks hat eine weitaus tiefere Bedeutung für die AnarchosyndikalistInnen als für die meisten anderen GewerkschafterInnen. Insofern lehnen AnarchosyndikalistInnen zentrale Tarifverhandlungen ab, wo über die Betroffenen hinweg, oft ohne deren Zutun, Arbeitsbedingungen und Löhne verhandelt werden. Insofern kann man/frau auch GeldkritikerIn und AnarchosyndikalistIn zugleich sein.

In seinem Text „Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft“ geht Karl Reitter auf die utopischen Aspekte und Möglichkeiten des BGE ein. Er beschäftigt sich mit verschiedenen Vorschlägen aus der kommunistischen Bewegung der Vergangenheit, wie Konsum und Verteilung in einer kommunistischen Gesellschaft organisiert sein könnten und inwiefern diese mit dem Grundeinkommen kompatibel sind. Leider wird auch hier in schlechter marxistisch-leninistischer Tradition eine notwendige Zwischenphase des Sozialismus eingeschoben.

Hier wird Marx aus seiner sozialdemokratischen Phase herangezogen (zur Zeit der Pariser Commune hat er ja auch anderes geschrieben – da war er ja eher der „anarchistische Marx“), und gleich interpretiert: *„Seine dort getroffene Unterscheidung zwischen einer „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“, die noch durch Missstände und begrenztes bürgerliches Recht gekennzeichnet sein soll, und einer „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“, in der alle Mängel überwunden sein sollen und die „auf ihre Fahne schreiben [kann]: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19; 21), wurde unzählige Male interpretiert und wiederholt. Marx geht davon aus, dass in der ersten Phase das bürgerliche Recht noch in Geltung sein wird. Recht sei, so Marx, per definitionem gleiches Recht für ungleiche Menschen und er schlussfolgert: „Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt*

*nach, wie alles Recht.“ (MEW 19; 21) Daraus zu folgern, das Weiterbestehen des bürgerlichen Rechtes sei ausschließlich als Mangel zu verstehen, bedeutet, die Aussagen von Marx radikal zu verkürzen. Der entstehende Staats- und Parteimarxismus hatte an einer derartigen Fehlinterpretation höchstes Interesse.<sup>36</sup> Nun, Marx lässt, wie jeder andere Autor auch, zwangsläufig einen gewissen Spielraum für Interpretationen, und ich sehe mich als Anarchist nicht gezwungen, mich am Wettstreit, wer der bessere Marxist sei, zu beteiligen. Es geht mir dabei um die Interpretation Reiters, wonach eine Phase der Beibehaltung bürgerlichen Rechts unumgänglich sei, und nicht nur ein notwendiges Übel, sondern auch wünschenswert. Dies kann wohl oder übel nur mit dem Staat als Garant gelingen, welcher ja auch der Garant für das BGE sein soll. Nirgends erklärt Karl Reitter, wieso in der Folge der Staat plötzlich verschwinden sollte, genauso wenig wie dies Marx sträflicher Weise nicht getan hat und somit für allerlei Verbrechen an der und im Namen der revolutionären und kommunistischen Idee herhalten musste.*

Sehr wohl wird aber diese Übergangsphase, genauer gesagt, das Verteilungsprinzip der Stundenzettelökonomie, ziemlich genau beschrieben. Bei Marx ist dies nur eine Randnotiz, bei den holländischen „Internationalen Kommunisten“ war dies zentraler Pfeiler der kommunistischen Theorie. Letztere haben aus der Analyse des versagenden Leninismus heraus versucht, eine in sich konsistente und geschlossene Theorie einer zukünftigen Wirtschaft zu schaffen. Das macht diese Theorie so verlockend wie ob ihrer Vereinfachung gefährlich zugleich.

*Auch ich will das von Karl Reitter verwendete Marx-Zitat wiedergeben: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage **entwickelt** hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumationsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.“ (MEW 19; 20)*

---

<sup>36</sup> Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Hier werden zwei Probleme angesprochen: Einmal das Problem des Übergangs von einer kapitalistischen zu einer kommunistischen Gesellschaft. Wie an anderer Stelle auch hat Marx darauf hingewiesen, dass sich die neue Gesellschaftsform aus dem Schoß der alten heraus entwickelt. Dieser Erkenntnis trägt der Anarchosyndikalismus im Übrigen, mehr als viele andere revolutionäre, in der Konsequenz meist putschistische Theorien, Rechnung<sup>37</sup>.

Die andere Frage ist jene der Objektivierbarkeit von Leistung und Verteilung. Der Kommunismus als Wirtschaftsform soll ja gerade einen freien Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum garantieren, in seiner Vollendung völlig bedingungslos. Der Anarchokommunist Pjotr Kropotkin<sup>38</sup> nannte dies „Wohlstand für alle“. Hier gibt es zweifelsohne gedankliche Anknüpfungspunkte zur FBGE. Eine Utopie dient ja tatsächlich oft mehr der Kritik des Bestehenden als der exakten Planung einer Zukunftsgesellschaft. Vom libertären Standpunkt ist das auch insofern nicht möglich, da nicht die Menschen, welche voll in den bestehenden Verhältnissen verwurzelt sind, heute ein funktionierendes System entwerfen können, das möglicherweise erst den Menschen von morgen zu einer freien Gesellschaftsform verhelfen soll. Wir können Prinzipien, Ideen, Leitfäden entwickeln, aber keine fertigen und in sich geschlossenen Systeme. Verfechter solcher Systeme neigen sehr schnell dazu, die Verteidigung ebendieser als Selbstzweck zu betrachten.

*„In einer sozialistischen Gesellschaft wird das Maß der Verteilung keineswegs durch politische Entscheidungen, sei es durch eine Partei, sei es demokratisch durch Räte oder ähnliches, sondern aus der geleisteten Arbeit mittels Stundenzettel bestimmt. Die individuelle Konsumation kann keine Plangröße sein, sondern resultiert aus der individuell geleisteten Arbeit. Im gesamten sogenannten orthodox-leninistischen Schrifttum und ebenso in deren damit legitimierten Praxis wurde diese Forderung, die Marx offenbar für so selbstverständlich hielt, dass er ihr die Form einfacher Aussagesätze gab, vollständig ignoriert. Damit wurde weiters ignoriert, dass Marx die Distribution auf Basis einer objektiven Rechengröße explizit als Recht formuliert.“<sup>39</sup>*

Ich will jetzt nicht im Detail auf die Stundenzettelökonomie eingehen, da dies nicht Thema dieses Textes ist. Auch deshalb, weil ich ihr nicht grundsätzlich abgeneigt bin

---

<sup>37</sup> Die Bereitschaft und Fähigkeit der ArbeiterInnen zu sozialrevolutionären Schritten soll in genannten „Tageskämpfen“ entwickelt werden– z.B. für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaft als „Charakterschule“: Die ArbeiterInnen sollen im sozialistischen Sinne gebildet werden und lernen, die Betriebe selbst zu verwalten bzw. die Wirtschaft im sozialistischen Sinne zu reorganisieren.

<sup>38</sup> Kropotkin, Peter: Die Eroberung des Brotes. Bern: Edition Anares, 1989.

<sup>39</sup> Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

bzw. mir vorstellen kann, dass die Arbeitszeit als Verrechnungsgröße in einer kommunistischen Gesellschaft durchaus eine gewisse Rolle spielen könnte. Ich will allerdings in Abrede stellen, dass wir Verteilung und Konsumtion mit letztlich dennoch willkürlich (im Sinne von Willen) festgelegten Rechengrößen „objektivieren“ können. Das trifft auf die Arbeitszeitrechnung ebenso zu wie die Höhe eines Grundeinkommens in Geldform. Wie wird der gerechte Anteil am gesellschaftlichen Produkt bzw. Reichtum (im Sinn von bereits „toter Arbeit“) bestimmt? Um ein an Kropotkin angelehntes Beispiel zu nehmen: Leistet ein Notarzt in einer halben Stunde mehr als eine Putzfrau in Acht Stunden? Wer kontrolliert, ob in einer Stundenzettelökonomie in einer Stunde Arbeit auch tatsächlich produktiv gearbeitet wurde? Gibt es dann erst wieder VorarbeiterInnen und AufseherInnen? Wer bestimmt die angemessene Höhe eines Grundeinkommens? Soll damit real gesellschaftlicher Reichtum umverteilt werden, oder soll dies kompatibel mit der kapitalistischen Akkumulation sein?

Wir kommen nicht umhin, damit aufzuhören, die bürgerliche Trennung der Sphären von Politik, Ökonomie und Privatheit zu reproduzieren. Politische Entscheidungsfindung und Bewusstseinsbildung, private Bedürfnisse und die Produktion/Verteilung gehen fließend ineinander über und beeinflussen sich wechselseitig. Dem sollten gesellschaftliche Strukturen Rechnung tragen, weshalb auch jedes noch so ausgeklügelte Verrechnungssystem irgendwo beschlossen, besprochen, reformiert oder wieder abgeschafft wird. Dies wiederum wird von ganz individuellen Bedürfnissen bestimmt sein, welche wiederum eng mit den Formen des Zusammenlebens und kulturellen Bedürfnissen der Menschen zusammenhängen.

Es sollten in einer herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft die Betroffenen selbst sein, als KonsumentInnen und ProduzentInnen, sei es in Fabriks- und Stadtteilversammlungen, via imperativem Mandat (Rätesystem) oder elektronischen Kommunikationssystemen (oder was bis dahin sonst noch als basisdemokratisches Mittel entwickelt wird)..., die entscheiden werden, was als „gesellschaftlich notwendige Tätigkeit“ und was nicht beurteilt werden kann, oder ob diese Unterscheidung noch notwendig ist oder nicht. Diese Entscheidung(en) wird (werden) vermutlich nicht absolut und nicht für alle Zeiten gültig sein.

Weiters muss auch die Trennung in der Produktion beendet werden (was, wie Karl Reitter richtig diagnostiziert, im Realsozialismus nicht geschehen ist<sup>40</sup>): die fixe

---

<sup>40</sup> „Bettelheim setzt an den Beginn des zweiten Teils seines Buches seine These von der ‘doppelten Trennung’ in der kapitalistischen Produktionsweise, die ja durch eine sozialistische abgelöst werden soll: *‘die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln (deren Gegenstück der Besitz der Produktionsmittel durch die Unternehmen ist, das heißt faktisch durch ihre Leiter) und die Trennung der einzelnen Unternehmen untereinander.’* (Bettelheim 1970; 72) Die erste Trennung betrifft also das Verhältnis zwischen den Betrieben, die keineswegs, wie etwa Abteilungen in einer Fabrik, durch einen übergreifenden Arbeitsprozess verbunden waren. Die



Arbeitsteilung der strikten Trennung der ProduzentInnen nach Betrieben und nicht zuletzt der Trennung der ProduzentInnen von den Produktionsmitteln und ihrem Produkt. Wir werden wohl kaum von einer freien Gesellschaft erwarten können, dass KonsumentInnen den ProduzentInnen (wobei dies wohl meist dieselben Personen sein werden) einseitig diktieren können, was sie wie und wie oft und schnell zu produzieren haben. Umgekehrt wird eine Versorgung aller wohl im Interesse aller liegen müssen, weshalb auch alle an Lösungen für Probleme der Produktion Interesse haben werden... (dass es nicht zentrale Planungsbüros sein werden, die die Bedürfnisse der ProduzentInnen wie KonsumentInnen befriedigen können, darin stimme ich klarerweise mit Karl Reitter völlig überein).

Dies sind nicht nur, wie manche/r mit Häme behaupten könnte, fromme Wünsche, an denen bislang alle sozialistischen Ideen gescheitert sind, sondern Gradmesser bzw. Richtwerte, an denen sich eine zukünftige Ökonomie orientieren muss.

Karl Reitter sieht dieses Problem selbst: *„Egal ob simpler Stundenzettel oder komplexer ökonomische Kalkül, beiden ist ein Wesenszug mit dem Geld gemeinsam, es ist klar, dass ´ein solches Maß immer aus einem Abstraktionsprozeß hervorgeht, der insgesamt und von Anfang an die Eigenschaften eliminiert.´ (Bettelheim 1970; 19) Die Gebrauchswerte, so Marx, seien qualitativ wie quantitativ völlig verschieden, sie besitzen nichts Gemeinsames. Durch die doppelte Trennung müsse das Arbeitsprodukt Waren- und folglich Wertform annehmen. Das Gemeinsame sei dann die abstrakte Arbeit, die im Geldmaß ihren Ausdruck findet.(...) Wo es nichts Gemeinsames gibt, kann auch nichts Gemeinsames gemessen und in Zahlen ausgedrückt werden. Genau das schwebt Marx mit der berühmten Formel ´Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!´ vor. Castoriadis hat zu Recht erkannt, dass hinter dieser Formel die Verstellung steht, es gebe kein allgemeines Maß, daher auch kein Problem der Messung und vor allem der gerechten Zuteilung mehr.“<sup>41</sup>*

Nun, AnarchosyndikalistInnen sind in erster Linie „Mehrwert“- und keine „WertkritikerInnen“, um eine zeitweilig moderne Marx-Lesarten aufzugreifen, nur so

---

zweite Trennung betrifft die Kluft zwischen den Werk tätigen und den Produktionsmitteln. Letztere standen in der Verfügungsgewalt der Betriebsleiter. Ebenso wie im Kapitalismus ist zwischen formalem Eigentum (Staatseigentum, Aktienbesitz) und realer Verfügungsgewalt (Betriebsleiter, Manager) zu unterscheiden. Verstaatlichung und Staatsplan bilden nur formale Mittel, um diese beiden Trennungen zu überwinden, sagen jedoch über das reale Ausmaß nichts aus. Im Gegenteil, der Staatsplan kann eine Form sein, in der diese Trennungen, statt überwunden, nur verschleiert werden. In der Sowjetunion seien diese Trennungen, so Bettelheim, niemals überwunden worden, sondern eben nur durch das formale Staatseigentum und die Fünfjahrespläne verschleiert worden.“ Aus: Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>41</sup> Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

salopp sollten sie nicht mit dem Problem der Aufhebung des Wertes umgehen: „Das möge in einer utopisch zukünftigen kommunistischen Gesellschaft verwirklicht sein. Wir müssen uns jedoch mit der nächsten Phase beschäftigen. Auch wenn in einer nachkapitalistischen Gesellschaft die Bedingungen für Warenproduktion (bleiben wir jetzt bei den zwei Trennungen Bettelheims) verlöschen, so keineswegs von einem? Tag auf den anderen, sondern eine sozialistische Ökonomie kann nur „das progressive Werk der Zeit sein“. (MEW 17; 546)<sup>42</sup> Nur: Der Idee des BGE fehlt ebenso wie der reinen Stundenzettelökonomie jegliche Prozesshaftigkeit, welche aber für die menschliche Entwicklung charakteristisch ist und erst recht für eine von Herrschaft bzw. Klassensystem befreite Gesellschaft gelten soll, da diese Ideen von einer statischen (und wohl auch sicher nicht „objektiven“) Momentaufnahme ausgehen. Sie mögen im Moment attraktiv erscheinen, oder auch nach heutigen Auffassungen eine sinnvolle und partielle Ergänzung zu einer sonst kommunistischen Wirtschaftsform, sie bieten aber gedanklich wie praktisch keinen „Exit“ aus dem Wertgesetz (vereinfacht: der Bewertung menschlicher Produkte nach ihrem Tausch- und nicht ihrem Gebrauchswert) was immer auch der Mehrwertproduktion – also der Ausbeutung durch Arbeit - Vorschub leisten kann<sup>43</sup>.

Die Entwicklung hin zu einer freien Gesellschaft wird zweifelsohne eine Entwicklung im Sinne des Wortes und keine Sache eines Knopfdrucks sein, und diese Entwicklung beginnt idealerweise schon heute, "im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft"<sup>44</sup>.

Wir täten nur gut daran, nicht abgeschlossene und historisch notwendige Entwicklungsphasen zu behaupten, die dem sich emanzipierenden Menschen eine fixe Rolle in einem starren Konzept zuweisen ob er nun will oder nicht. Marx mag mit seinem Modell des historischen Materialismus eine anschauliche Grundlage für eine Gesellschaftsanalyse geschaffen haben, es war aber eben ein Modell, nicht die Realität selbst. Genauso wenig, oder noch weniger, lässt sich eine notwendige Entwicklungsphase als Vorstufe zum wirklichen Kommunismus vorherplanen. Einmal, weil die Menschheit kein vorhersehbarer Roboter ist, und zum anderen, weil damit Emanzipationsbestrebungen, die nach diesem Modell „ihrer Zeit voraus sind“, unterdrückt werden. Der Leninismus hat dies ausgiebig bewiesen, in dem er den Kommunismus auf den Sanktnimmerleinstag vertagt hat. Der Kommunismus, die

---

<sup>42</sup> Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

<sup>43</sup> ohne jetzt aus der chronologischen Ablauf der Kapitel des „Kapitals“ auch eine Hierarchie der Bedeutung abzuleiten.

<sup>44</sup>Wobei die Einführung des libertären Kommunismus ausdrücklich eine Sache der sozialen Revolution im Sinne eines von unten herbeigeführten Sturzes des heutigen Herrschaftssystems ist und keine Frage von oben durchgeführten schrittweisen Reformen! Ein Herrschaftssystem mag zwar viel dazu beitragen, in Frage gestellt zu werden, wird sich aber nie selbst in Frage stellen. Die sozialrevolutionäre Entwicklung verläuft naturgemäß immer im offenkundigen Widerspruch zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen.

AnarchosyndikalistInnen nennen ihn wohlweislich „libertären Kommunismus“, um ihn von diesen leninistischen Interpretationen klar abzugrenzen, wird am besten eingeführt, in dem ihn die Menschen so weit, so intensiv und so bald wie möglich praktizieren. Dass es dabei Phasenverschiebung, Ungleichzeitigkeiten, Übergänge, Scheitern und vieles mehr geben wird, liegt, möchte ich jetzt mal behaupten, im Wesen der menschlichen Gesellschaft.

Franz Naetar bemerkt den weiter oben angesprochenen Widerspruch bei Marx: *„In der ‚Kritik der Gothaer Programms‘ bezeichnet Marx die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft als diejenige, in der das bürgerliche Recht nicht mehr gilt: In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!*

*Was ist an dieser hunderte Male zitierten Beschreibung des Kommunismus bemerkenswert? Bemerkenswert ist der offensichtliche Widerspruch zur der oben beschriebenen Differenzierung zwischen notwendiger Arbeit und dem freien Tun, dem wirklichen „Reich der Freiheit“. In der „Kritik der Gothaer Programms“ gibt es im Kommunismus nur mehr freies Tun. Die Arbeit ist erstes Lebensbedürfnis geworden und es gibt keinen Widerspruch zwischen notwendiger Arbeit, auch wenn sie „Drecksarbeit“ ist und der Arbeit, die nur sich selbst als Zweck setzt. (...) **Es gibt keinen Widerspruch mehr zwischen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und freiem Tun.**“<sup>45</sup>*

Insofern ist mir aber nicht klar, um es mit Hans Auinger zu sagen: „Ist das Grundeinkommen (nun) eine ´reformistische´, eine systemimmanente und damit *im Kapitalismus praktikable Antwort* auf die ´neue Armut“<sup>46</sup>? Ist die FBGE ein Reformvorschlag, um den Kapitalismus ein bisschen erträglicher zu machen, bis die Revolution kommt? Soll damit Nicht-Arbeit im Kapitalismus möglich gemacht werden,

---

<sup>45</sup> Naetar, Franz: Das bedingungslose Grundeinkommen: eine kommunistische Forderung! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz\\_naetar.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz_naetar.htm), 30.6.2008.

<sup>46</sup> Letztere Behauptung Auingers teile ich so nicht: ´...oder nur ein *Idealismus*, eine durch gut gemeinte, virtuelle Verbiegung kapitalistischer Zustände ausgedachte Versöhnung der neuen Armut mit ihrer Ursache, nämlich mit der Geldwirtschaft?´ Aus: Auinger, Herbert: Thesen: Bedingungsloses Grundeinkommen. In: [http://peter.fleissner.org/Transform/Auinger\\_Bedingungsloses\\_Grundeinkommen\\_Thesen.pdf](http://peter.fleissner.org/Transform/Auinger_Bedingungsloses_Grundeinkommen_Thesen.pdf), 30.6.2008.

oder wird damit dem Individuum auch Nicht-„gesellschaftlich notwendige Tätigkeit“ im Kommunismus möglich gemacht, obwohl ja dann zwischen dieser und freiem Schaffen kein Widerspruch mehr bestehen soll? Oder ist dies alles nur ein taktischer „Trick“, um den Menschen von heute den Glauben an die Naturgegebenheit der Lohnarbeit auszutreiben? Dies stünde allerdings in schlechtesten trotzlistischer Tradition, wonach sinngemäß den etwas beschränkten Massen die wahre Absicht, nämlich die Einführung des Kommunismus, so lange wie möglich vorenthalten bleiben sollte.

Die auf einem volkswirtschaftlichen Modell gestützten Berechnungen Peter Fleissners<sup>47</sup> über die Durchführbarkeit eines BGE unter heutigen ökonomischen Bedingungen erscheinen mir hier ehrlicher weil eindeutiger. Schließlich wird hier nicht behauptet, das BGE wäre ein notwendiger Schritt zum Kommunismus, es wird in erster Linie nachgewiesen, dass die Argumente vieler Gegner des BGE innerhalb der politischen Klasse vielfach fadenscheinig sind, weil eine Finanzierung eines solchen in Österreich durchaus realistisch wäre. Und dass die Einführung eines BGE in moderater Höhe keinen nennenswerten Schaden auf die Volkswirtschaft<sup>48</sup> bedeuten würde. Ob bzw. inwiefern Peter Fleissner das BGE als Bestandteil einer Entwicklung hin zu einer kommunistischen Gesellschaft betrachtet, kann ich nicht sagen, die von ihm geäußerten Vorschläge, abgesehen vom BGE, sind, ich nenne es einmal so, radikal-sozialdemokratischer Natur und Kapitalismus-kompatibel.

Ich habe mich hier bewusst nicht mit der Finanzierungsfrage des BGE auseinandergesetzt, sondern mit der grundsätzlichen Frage, inwiefern die Forderung nach dem BGE einer Entwicklung hin zu einer wirklich herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft dienlich sein kann oder eben nicht.

Allerdings stellt dieses Rechenmodell eine gute Argumentationsgrundlage in alltagspolitischen Diskussionen rund um vermeintlich unumgängliche Einsparungen und Verschärfungen im Sozialwesen dar. Der grundsätzlicheren Frage, wie der fortgesetzten Real- und Gesamtlohnkürzung der letzten Jahre und Jahrzehnte entgegengetreten werden kann, welche wohl auch erheblich mitverantwortlich ist für Kürzungen im Bereich der staatlichen Arbeitslosen-, Alters-, Krankheitsunterstützung..., weicht auch Peter

---

<sup>47</sup> Vgl. Fleissner, Peter: Zur Metamorphose des Sozialstaats. Status Quo und Perspektiven des Sozialstaats in Österreich. In: [http://peter.fleissner.org/Transform/vs21\\_11-16\\_08\\_07.pdf](http://peter.fleissner.org/Transform/vs21_11-16_08_07.pdf), 30.6.2008.

<sup>48</sup> Der Reduktion des Modells auf die österreichische Volkswirtschaft kann die Aussage Karl Reitters entgegengehalten werden: „Denn bei der Entwicklung von gesellschaftlich umfassenden Planstrukturen stoßen wir sofort auf die Existenz des Weltmarktes.“ Aus: Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Fleissner aus. Die Frage nach gesellschaftlicher „Umverteilung“<sup>49</sup> wird zwar angesprochen, bleibt aber (beabsichtigt?) im Raum stehen.

Auch wird meiner Meinung nach der positive Effekt von erhöhten Sozialleistungen auf den Konsum und damit die Wirtschaftsleistung eines Landes überschätzt. V.a. wenn das BGE eine Umverteilung von besser verdienenden Lohnabhängigen zu schlechter oder gar nicht Verdienenden sein soll, wird der Konsum quantitativ zunehmen, aber v.a. in wenig kapitalintensiven Bereichen (Lebensmittel, Verbrauchsgüter). Außerdem: Gutverdiener konsumieren ja schließlich auch, und das Geld, das sie nicht ausgeben, wird meist investiert.

Fritz Naetar gesteht ein, dass es Kampffelder gibt, vielleicht im Moment wesentlich wirklichkeitsnähere, als das der FBGE, nur werden diese auch gleich für die FBGE vereinnahmt: *„So als strategische Forderung verstanden, kann sie auch helfen konkrete Maßnahmen der Staates und supranationaler Organisationen zu bekämpfen: Jede Abschaffung von Bedingungen zum Erwerb des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe gehen in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen. Die Verhinderung des Zugriffs des Staates auf Eigentum des Notstandsbeziehers zum Beispiel ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jede zusätzliche Kontrolle, sei es beim Kindergeld oder Pflegegeld, ist eine Niederlage. Die Sabotage und Unterminderung der diversen Kontrollversuche bringt gewissermaßen ein Stück bedingungsloses Grundeinkommen zum Leben.“*<sup>50</sup>

Mir ist schon klar, dass hier manche BefürworterInnen der FBGE nicht die ideologisch recht breit gefächerte Allianz für die (auch innerlinke) Lobbyarbeit zu Gunsten der FBGE gefährden wollen, und sich vielleicht deshalb nicht darauf festnageln lassen wollen, worin nun die eigentliche Essenz dieser Forderung besteht. Was diese Forderung aber nicht gerade vertrauenswürdiger macht.

Die innerlinke Lobbyarbeit für die FBGE hat durchaus auch schon Früchte getragen: immer wieder, wenn sich linke und autonome Initiativen bemüht haben, sich zur „sozialen Frage“ zu äußern, wird auch die Forderung nach dem BGE gestellt. Das mag nun vielleicht nicht die Schuld der genannten Verfechter der FBGE sein, allerdings nimmt diese Forderung eine gewisse Alibifunktion ein - in einer Linken, die schon vor langer Zeit das Kampffeld der Lohnarbeit völlig aufgegeben hat.

---

<sup>49</sup> Wenn wir davon ausgehen, dass der Reichtum der KapitalistInnen von den ArbeiterInnen mittels Ausbeutung erwirtschaftet wurde, bedeutet Umverteilung, welche ja real auch im besten Sozialsystem selten stattfindet, eigentlich nur, dass die ArbeiterInnen einen Teil des Mehrwerts zurückerhalten, aber eben nur einen Teil.

<sup>50</sup> Naetar, Franz: Das bedingungslose Grundeinkommen: eine kommunistische Forderung! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz\\_naetar.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz_naetar.htm), 30.6.2008.

## Literatur:

Auinger, Herbert: Thesen: Bedingungsloses Grundeinkommen. In: [http://peter.fleissner.org/Transform/Auinger\\_Bedingungsloses\\_Grundeinkommen\\_Thesen.pdf](http://peter.fleissner.org/Transform/Auinger_Bedingungsloses_Grundeinkommen_Thesen.pdf), 30.6.2008.

Fleissner, Peter: Zur Metamorphose des Sozialstaats. Status Quo und Perspektiven des Sozialstaats in Österreich. In: [http://peter.fleissner.org/Transform/vs21\\_11-16\\_08\\_07.pdf](http://peter.fleissner.org/Transform/vs21_11-16_08_07.pdf), 30.6.2008.

Freie ArbeiterInnen Union, Homepage <http://www.fau.org/>, 30.6.2008.

Föderation der ArbeiterInnensyndikate, Homepage <http://www.syndikate.at/>, 30.6.2008.

Kropotkin, Peter: Die Eroberung des Brotes. Bern: Edition Anares, 1989.

Marcel van der Linden: Die Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Globalisierung. In: Sozial.Geschichte, Februar 2003, Heft 1.

Naetar, Franz: Das bedingungslose Grundeinkommen: eine kommunistische Forderung! In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz\\_naetar.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse22/franz_naetar.htm), 30.6.2008.

Reitter, Karl: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In:

[http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Reitter, Karl: Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Reitter, Karl: Traurige Ratlosigkeit. Bemerkungen zur Kritik am Grundeinkommen von Markus Koza und Angela Klein. In: [http://www.grundrisse.net/grundrisse20/karl\\_reitter.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse20/karl_reitter.htm), 30.6.2008.

Studienkommission der Berliner Arbeiterbörsen/Barwich, Franz : „Das ist Syndikalismus“ (1923). Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus. Frankfurt/Main: Edition AV, 2005.